

Perspektiven des europäischen Engagements im Kosovo

von Ulrich W. Schulze, Berlin

Seit einigen Monaten steht die frühere Provinz Kosovo unter der UNMIK-Verwaltung, ist also eine Art inoffizielles UN-Protectorat geworden, das freilich hauptsächlich von Europäern und in Koordination der europäischen Mächte wahrgenommen wird. Will man Perspektiven für eine Beilegung der Krise ermitteln, so muss man von den Möglichkeiten ausgehen, die das Kosovo aufgrund seiner bisherigen Wirtschaftsstruktur und Bevölkerung mitbringt, da ja jede weitere Investition nur hierauf aufbauen kann. Ein anderes Problem stellt sich mit der Frage nach der politischen Zukunft, ohne deren Lösung man letztlich nicht zu einem tragfähigen Ordnungsrahmen gelangen kann, auf dessen Grundlage weitere Mittel aus der EU und Entwicklungsprogramme erst dauerhaft zu Erfolgen führen werden, die über den auf lange Sicht für sich allein unzureichenden bloßen Wiederaufbau hinausgehen.

I. Vorgeschichte

1. Allgemeine Entwicklung

Die siebziger und achtziger Jahre haben als Fortschritt nach der Gründung der Universität von Prishtina eine Anhebung des Bildungsniveaus unter den Albanern mit sich gebracht. Auch wenn dies zunächst zu einem Überhang bei den Geisteswissenschaften geführt hat, ist damit dennoch für die Zukunft eine Grundlage bereitet, auch den allgemeinen Stand der Ausbildung in den technischen, handwerklichen und kaufmännischen Berufen und im öffentlichen Dienst zu verbessern.

Im übrigen ist diese Zeit jedoch gekennzeichnet von einer ständig anwachsenden Arbeitslosigkeit und daher auch Abwanderungsbewegungen, während eine Vertiefung der volkswirtschaftlichen Binnenstrukturen nicht erreicht wurde. Letztlich müssen die Finanzausgleichsleistungen aus den anderen Republiken Jugoslawiens und die Zuweisungen aus Serbien selbst als fehlgeleitet eingestuft werden, insbesondere Investitionen im Bergbau und daran anschließenden Industrien haben sich im Ergebnis nicht gelohnt. Einer wirtschaftlicheren Struktur der Landwirtschaft standen dagegen die regionalen Gewohnheiten im Wege. So hat sich das Kosovo innerhalb Jugoslawiens bereits immer mehr zu einem Zuschussgebiet entwickelt.¹ Da die anhaltende und im Vergleich zu den anderen Gebieten Jugoslawiens zunehmend ins Auge fallende Rückständigkeit schließlich zu politischen Spannungen führte, wies die Föderation dieser Provinz dann auch mehr und mehr aus politischen Gründen Dotationen zu, um Unruhen zu vermeiden.² Die Verfahrenheit der Lage deutete sich aber bereits an, wenn in Einzelfällen jeweils eine Volksgruppe befürchtete, die Wirtschaftsförderung könnte zu sehr der jeweils anderen zugute kommen.³

Eine entscheidende Schwächung bei den bis dahin erzielten Fortschritten im Bildungswesen bedeutete die politische Entwicklung seit 1989, da hierdurch zunächst einmal verhindert wurde, dass sich diese früheren Fortschritte wirtschaftlich auswirken konnten, und zudem die Albaner wieder zurückgeworfen wurden. Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang lässt sich an dem bereits erwähnten Umsatzrückgang ablesen. Die Entfernung von Albanern aus dem öffentlichen Dienst und der mittleren und leitenden Ebene der dem Staat unterstehenden Unternehmen hat im Verlaufe von zehn Jahren schließlich dazu geführt, dass vor allem wertvolle technische Ausbildung für die Betroffenen nur noch eingeschränkt nutzbar ist.

Auf der anderen Seite sind in der letzten Zeit auch erforderliche Investitionen eher unterblieben. Dies betrifft in erster Linie zum einen den Bereich der Gesundheitsfürsorge, welcher allgemein mangelhaft ausgerüstet ist, sowie auch die Versorgung und die Entsorgung von Wasser, also zwei ganz existenziell wesentliche Bereiche.⁴ Ähnliches gilt jedoch auch für die übrigen Zweige der Volkswirtschaft, für den vergesellschafteten Sektor ohnehin, da ja der jugoslawische Staat sich mehrfach anderweitig überlastet hat, und für die privaten, hauptsächlich bäuerlichen Betriebe ebenfalls, da die Abführungen aus dem Ausland schon für den schlichten Verbrauch verwendet werden mussten.

2. Zerstörungen vom Frühjahr 1999

Aufgrund der Zerstörungen sind neben der Wasserversorgung auch weite Teile des Fernmeldewesens lahmgelegt. Der Verkehr und die Landwirtschaft sind im übrigen durch noch nicht geräumte Minen beeinträchtigt. Langfristig wird sich hier auch die Verminderung des Viehbestandes um etwa 80 % auswirken, da dessen Auffrischung nicht im Laufe von einigen Jahren möglich ist, so dass auch die bisher lebenswichtige Erzeugung von Milchprodukten dauerhaft eingeschränkt ist. Schwer einschätzen lassen sich die Verluste an Obstbäumen und Rebstöcken. Immerhin kann der Ernteausfall bei Saatfrüchten beschränkt bleiben, wenn nur die Minenräumung hinreichend vorankommt. Einschneidend sind schließlich auch angesichts des bereits vorher geringen Wohnraums die Zerstörungen bei Wohnhäusern, von denen etwa 120.000 als beschädigt und darunter etwa 70.000 als nicht mehr nutzbar gelten.⁵

II. Wirtschaftsstruktur

1. Ausbildungsstand

Das Kosovo war in Jugoslawien der Landesteil mit der am schlechtesten ausgebildeten Bevölkerung und mit der im Laufe der Zeit am stärksten wachsenden Arbeitslo-

sigkeit. Beides betraf im Gefolge der Serbisierung des Bildungswesens und des leitenden Personals in allen Bereichen am meisten die albanischsprachige Bevölkerung. So weist die amtliche jugoslawische Statistik für 1995 im Kosovo im Vergleich mit dem gesamten Staatsgebiet die niedrigste Zahl der Oberschüler im Verhältnis zu den Beschäftigten auf.⁶ Freilich ging auch die Anzahl der Schulen, in denen in Minderheitensprachen unterrichtet wurde, ganz offiziell dramatisch zurück, was fast ausschließlich die albanischen Schulen betraf, unter denen es 1988/89 noch 943 und 1994/95 dann 107 Grundschulen sowie 1988/89 noch 72 und 1994/95 nur mehr 6 Oberschulen gab.⁷

Das Bruttosozialprodukt je Einwohner lag im Kosovo nicht einmal bei einem Drittel des landesweiten Niveaus.⁸ Die Gesamtzahl der Erwerbspersonen betrug im Kosovo 553.763 Personen, diejenige der Arbeitslosen 86.377 Personen.⁹ Dies liegt zum einen daran, dass im Bereich der höheren und beruflichen Bildung ein deutlicher Überhang bei den Humanwissenschaften entstanden ist, zum anderen aber auch daran, dass bei einem anhaltend hohen Geburtenüberschuss unter der albanischen Bevölkerung des Kosovo trotz Förderung im industriellen Bereich und Zersplitterung in der Landwirtschaft nicht genügend Arbeitsplätze entstanden.¹⁰

Ein weiterer drastischer Unterschied liegt zwischen dem Kosovo und Gesamtjugoslawien bei der Beschäftigung von Frauen im Vergleich zu derjenigen von Männern. Arbeiteten in Jugoslawien etwa zwei Drittel so viele Frauen wie Männer, so waren es im Kosovo nur zwei Fünftel.¹¹ Hält man sich dazu noch vor Augen, dass wesentlich mehr albanische Männer als serbische im Ausland arbeiten und daher gar nicht erst mit erfasst werden, so wird deutlich, dass hier bislang vollkommen verschiedene Gesellschaftsstrukturen bestehen.

An abhängig beschäftigten Personen waren im Kosovo 356.735 Personen erfasst, davon 117.802 in der Industrie, 17.522 im Ackerbau, 2.050 im Forstwesen, 18.650 bei Versorgung und Entsorgung von Wasser, 12.301 im Bauwesen, 15.743 im Verkehr, 27.353 im Handel, 18.130 in der Gastronomie, 13.171 im Handwerk, 5.328 in kommunalen Diensten, 9.938 in gewerblichen Dienstleistungen, 32.990 in Erziehung und Kultur, 27.810 in der öffentlichen Gesundheitsfürsorge, 31.784 im sonstigen öffentlichen Dienst sowie 6.164 bei den freien Berufen; letztere Zahl liegt wiederum im Verhältnis zu den anderen wesentlich über denen der anderen Landesteile Jugoslawiens.¹²

2. Landwirtschaft und Industrie

Die wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft im Kosovo sind bisher der Bergbau und die Landwirtschaft gewesen. Demgegenüber hatte das verarbeitende Gewerbe insgesamt nur eine geringe Rolle. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass das Gebiet eher einen hohen Waldanteil hat, die landwirtschaftlich nutzbare Fläche im Vergleich zu den anderen Teilen des früheren Groß-Jugoslawien

dagegen mit Abstand die geringste ist. In den höheren Lagen wurde im übrigen eher Viehzucht betrieben, während in den unteren Gegenden Gemüseanbau vorherrscht. Der Getreideanbau erweist sich für die Selbstversorgung eher als etwas zu knapp. Dies und die fehlenden Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie waren seit Jahrzehnten Gründe für Abwanderungsbewegungen sowohl innerhalb Jugoslawiens als auch in das Ausland.¹³

Anders als im übrigen Jugoslawien wurden im Kosovo die althergebrachten Strukturen in der Landwirtschaft kaum angetastet und nur wenige Genossenschaften und vergesellschaftete Güter gebildet. Im Ergebnis hat dies aber aufgrund des dort zwar so nicht kraft Gesetzes geltenden, aber praktizierten Erbrechts der zumeist mehreren Söhne zu einer zunehmenden Zersplitterung geführt, die auch ein Hemmnis für eine Modernisierung und Intensivierung der Landwirtschaft geworden ist. Dies führt zu dem Schluss, dass häufig in Ermangelung eigener Tragfähigkeit noch nicht einmal von einer Subsistenzwirtschaft gesprochen werden kann. Eine schlichte Wiederbelebung einer solchen, wie mitunter vorgeschlagen,¹⁴ wird daher mittelfristig nicht ausreichen.

Eine besonders wichtige Rolle im Wirtschaftsleben des Kosovo kam aber in den letzten Jahren und kommt deshalb auch weiterhin den Zahlungen des mehr oder weniger vorübergehend in die Fremde gezogenen Teils der vorwiegend männlichen arbeitsfähigen Bevölkerung zu. Zwar weist die amtliche Statistik für den Umfang der Überweisungen aus dem Ausland nur einen Anteil von etwa 1,2% des Gesamteinkommens der Haushalte im Kosovo aus.¹⁵ Dies dürfte jedoch daran liegen, dass den Angaben Umfragen zugrunde liegen und dann wohl hauptsächlich serbische Haushalte befragt wurden, zumindest sind die Methoden nicht nachprüfbar. Im übrigen gehen die Transferzahlungen häufig auch auf ganz formlosen Wegen in bar ein. Ihre Grundlage finden diese Zahlungen zumeist in den persönlichen Verpflichtungen aus dem weiteren Familienverband. Es ist davon auszugehen, dass die Abführungen der Wanderarbeiter einen wesentlichen Teil des im Kosovo vorhandenen Volkseinkommens ausmachen, ohne den die wirtschaftliche Existenz dort für viele gar nicht mehr möglich wäre.¹⁶

3. Bodenschätze

Die neueren Statistiken weisen zum Abbau von Bodenschätzen keine ins einzelne gehenden, nach Landesteilen gesonderten Angaben mehr aus. Ein Bild läßt sich aber aus anderen Werten wie dem Energieverbrauch in einzelnen Wirtschaftszweigen gewinnen. Dabei standen im Jahre 1994 der Kohlebergbau mit 107 Megawatt und der Abbau von Nichteisenerzen mit 62,6 Megawatt gegenüber einem Gesamtverbrauch von 497 Megawatt ganz oben an.¹⁷ Genauere Angaben liegen für die Zeit bis 1988 vor. Bedeutsam waren die Lignitkohlevorkommen des Kosovo, welche in jenem Jahr zu 10.887.000 Tonnen abgebaut wurden, ferner andere Kohlearten mit zusammen 6.649.000 Tonnen.¹⁸ Die Lignitvorräte gelten als sehr

umfangreich, auch wenn bereits eine größere Grube erschöpft ist.¹⁹ Die hier gewonnenen Rohstoffe wurden freilich eher in der näheren Region auch verbraucht und stellten gerade etwa ein Sechstel des Gesamtabbaus im damaligen Groß-Jugoslawien oder ein Viertel der serbischen Kohleerzeugung dar. Von besonderem Nutzen für die jugoslawische Volkswirtschaft war daher die kosovarische Produktion in dieser Hinsicht nicht.

Etwas anderes gilt für die Rohmagnesitvorkommen, von denen 152.000 Tonnen, und für die Blei- und Zinkerze, von denen 1.313.000 Tonnen abgebaut wurden.²⁰ Wichtig war auch der Abbau von Bauxit (64.000 Tonnen), Pyrit (119.000 Tonnen) sowie schließlich Chrom (16.000 Tonnen) und Brennmagnesit (11.113 Tonnen). Bislang galten die Lagerstätten insgesamt, außer dem verbreiteten Lignit und den Zink- und Bleivorkommen von Trepça, als wenig ergiebig.²¹

4. Außenhandel

Sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr nehmen sich im Kosovo verschwindend gering aus, gerade auch im Vergleich mit den übrigen Landesteilen Jugoslawiens. Umfassende Daten liegen freilich nur für die Zeit bis 1992 vor. In jenem Jahr lag danach der Wert der Gesamtausfuhr des Kosovo bei 69 Millionen Dinar und derjenige der Gesamteinfuhr bei 83 Millionen Dinar,²² gegenüber einem registrierten Umsatz im Binnenhandel des Kosovo von 387 Millionen Dinar im Einzelhandel und 628 Millionen Dinar im Großhandel desselben Jahres.²³ Die Außenhandelswerte waren allerdings in den vorangehenden Jahren weit stärker als diejenigen des Binnenhandels gesunken, auch hatte sich nicht stets ein Einfuhrüberschuß ergeben. Die Werte für die Ausfuhr hatten 1986 noch 359 Millionen und 1989 dann 420 Millionen Dinar, diejenigen der Einfuhr 1986 sogar 427 Millionen und 1989 nur mehr 333 Millionen Dinar betragen.²⁴ Dies zeigt, dass im Gefolge der krisenhaften Entwicklungen die vorhandenen Möglichkeiten bei weitem nicht genutzt werden, aber dennoch auch vorher schon nur bescheiden waren.

Die Ausfuhr bestand im Jahre 1992 hauptsächlich aus Industrieerzeugnissen (63 Millionen Dinar), wesentlich aber aus Rohmaterialien und Halbfabrikaten (26 Millionen Dinar). Nennenswert sind dabei Nichteisenmetalle (5,5 Millionen Dinar), Metallprodukte (5 Millionen Dinar), Fahrzeuge (6 Millionen Dinar), elektrische Ausrüstungen (11 Millionen Dinar), Bekleidung (18 Millionen Dinar) und Getränke (3 Millionen Dinar), wobei der Amsfelder Wein zu Buche geschlagen haben dürfte, während sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse nur einen verschwindenden Anteil von 1,2 Millionen Dinar hatten und von der Forstwirtschaft mit Holz im Wert von 2,5 Millionen Dinar noch in den Schatten gestellt wurden.²⁵ Erschwerend in diesem Zusammenhang ist eine gewisse Abhängigkeit von Serbien im Fernverkehr. Eine der wichtigsten Eisenbahnlinien zwischen Deutschland und der Türkei verläuft seit 1874 durch das Kosovo, wo-

für in Serbien eine weiter östlich gelegene Strecke über Niš vorhanden ist, das Kosovo selbst jedoch als Alternativen auf den Verkehr allein mit Lastkraftwagen angewiesen wäre.

III. Rechtlicher Rahmen

1. Rechtsreformen

Nur zum Verständnis der jugoslawischen Eigentumsbegriffe sei darauf hingewiesen, dass es zwischen Eigentum des Staates und sogenanntem „gesellschaftlichem“ Eigentum unterschied. Letzteres stand der Vorstellung nach der Gesellschaft insgesamt zu, während die aus ihm fließenden Befugnisse von staatlichen Stellen und von den selbstverwalteten Unternehmen ausgeübt wurden. Wirtschaftlich gesehen umfasste es vor allem die größeren Industriebetriebe und entsprach es dem Staatseigentum in anderen Ländern Osteuropas.

Im Kosovo spielt das Privateigentum seit langem eine wesentlich stärkere Rolle als in den anderen Landesteilen Jugoslawiens. Entfielen insgesamt 1994 und 1995 etwa ein Drittel des Bruttosozialprodukts auf den privaten, ein weiteres Drittel auf den „gesellschaftlichen“, ein Viertel auf den gemischten und der Rest auf den genossenschaftlichen Sektor, so weist die amtliche Statistik entsprechend für das Kosovo über die Hälfte im privaten, kaum ein Viertel im „gesellschaftlichen“, ein gutes Fünftel im gemischten und nur einen ganz verschwindend geringen Anteil im genossenschaftlichen Sektor aus.²⁶ Dabei kann angenommen werden, dass im privaten Sektor am ehesten nicht erfasste Einkünfte erzielt wurden, zum einen in der Schattenwirtschaft und zum anderen durch Erzeugung für den familiären oder nachbarschaftlichen Verbrauch.

Hält man dagegen, dass im „gesellschaftlichen“ Sektor weit mehr als die Hälfte der Erwerbsbevölkerung von 553.763 Personen, nämlich 316.921 Personen beschäftigt waren,²⁷ so stellt das diesem ein Armutszeugnis aus und unterstreicht den großen Erneuerungsbedarf in der Industrie und bei den Dienstleistungen. Hierzu ist mangels inländischen Vermögens ein Kapitalzufluss von ausländischen Unternehmen und von im Ausland verweilenden Kosovaren unerlässlich.

Schon deshalb wird der „gesellschaftliche“ Sektor in kurzer Zeit weiter an Gewicht verlieren. Der rechtliche Rahmen dazu kann im Dekretswege von der UNMIK-Verwaltung geschaffen werden, die nunmehr die Rechte aus dem gesellschaftlichen Eigentum selbst anstelle der Bundesrepublik Jugoslawien ausüben soll, bis diese Befugnis wieder auf staatliche Institutionen übergeht.²⁸

Bislang gilt in Jugoslawien auf der Bundesebene zwar zumindest formell ein modernes Recht der Handelsgesellschaften²⁹, aber ein sehr restriktives Privatisierungsrecht³⁰, das im Grundsatz nur ausländische Beteiligungen von bis zu 49% vorsah, und ein äußerst schwaches Kartellrecht³¹, das zur Gewährleistung einer Marktwirtschaft

sicherlich nicht taugt. Ohnehin hat es, obwohl das jugoslawische Gesellschaftsrecht zu den umfangreichsten Gesetzen auf diesem Gebiet gehört, die man auf der Welt finden kann, doch eher den Anschein, als sei es bei den neueren rechtlichen Regelungen in Jugoslawien nicht um Reformen des Ordnungsrahmens, sondern hauptsächlich darum gegangen, über formell als ausländische Investitionen in Erscheinung tretende Geldzuflüsse die serbische Kriegskasse zu füllen, wie zum Beispiel die Fälle Telekom und Galenica-Pharmazeutik zeigen, in denen die ausländischen Anteile unter Vorwänden kurzerhand durch Gerichtsentscheidungen eingezogen wurden. Dies gilt umso mehr für die vormals im „gesellschaftlichen Eigentum“ stehenden Unternehmen, die nach dem serbischen Privatisierungsrecht einem gemischten Eigentümer zugeschrieben wurden, an welchem der serbische Entwicklungsfonds zu 51% und die Belgrader Jugobank zu 30% beteiligt war, welche nun ihrerseits gegen einen umfassenden Schuldenerlass Rechte an den Unternehmen einem französisch-griechischen Konsortium übertragen hat.

Die Europäische Kommission und die Weltbank wollen nun ihr Hauptaugenmerk auf die Schaffung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen und der entsprechenden Institutionen legen.³² Bislang haben sich aber die Befürworter zweier verschiedener Ansätze, nämlich, abgesehen von einem für eine Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit gleichberechtigter Einbeziehung der Frauen völlig untragbaren Rückgriff auf ältere albanische Rechts Traditionen wie dem *Kanuni Lek Dukagjini*, einerseits des Aufbaus auf den vorhandenen serbischen Rechtsgrundlagen und andererseits der Schaffung völlig neuer Vorschriften allein durch die UNMIK, nur gegenseitig blockiert, worüber der Leiter der UNMIK-Verwaltung, Kouchner, bereits mehrfach seine Verzweiflung zum Ausdruck gebracht hat.

Es dürfte daran liegen, dass die Fortgeltung serbischen Rechts unmöglich ist, weil es in der Bevölkerung gar nicht mehr das nötige Vertrauen genießt, das für den Aufbau einer Demokratie aber erforderlich wäre, und man wohl für die Anwendung noch nicht einmal Richter fände, suchte man diese nicht allein unter serbischen Juristen, die ebenfalls nicht das erforderliche Vertrauen genießen, um der Friedensfunktion von Richtersprüchen zur Verwirklichung zu verhelfen, und dass andererseits die Einführung neuen Rechts die freilich durch umfassende Einbeziehung von Vertretern der Bevölkerung vermeidbare Gefahr läuft, von außen aufgepfropft zu erscheinen, vor allem aber die von einigen europäischen Mächten aufrechterhaltene Fiktion vom Kosovo als serbischer Provinz unterminieren würde. Ferner bestehen wegen der erwähnten Beteiligungen, von denen auch kosovarische Unternehmen betroffen sind, Interessen auf französischer und griechischer Seite, das serbische Privatisierungsrecht beizubehalten. Allerdings verstößt es gegen die Autonomie des Kosovo, deren gewaltsam erzwungene Aufhebung im Frühjahr 1989 rechtlich nicht haltbar ist und daher auch nicht von der UNMIK nachträglich sanktioniert werden könnte, selbst wenn sie dies wollte.

2. Institutioneller Rahmen

Aus denselben und dazu noch weiteren Gründen, nämlich dem schlichten Mangel an Geld und Personal, kommt der Aufbau eines institutionellen Rahmens für das Kosovo nicht hinreichend voran. So nährt sich das massive Sicherheitsproblem im Alltag immer wieder neu. Um dieses zu bewältigen, muss vor allem auf die internationalen Truppen zurückgegriffen werden, denen auf diese Weise eine allzu gewichtige Rolle im Alltag zukommt, der eigentlich zu einem zivilen Leben übergehen sollte, was dann über die Aufteilung in die territorialen Verantwortungsbereiche des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens und Deutschlands *de facto* wieder zu einer Kantonalisierung in kleine, selbständig gar nicht mehr dauerhaft funktionsfähige Einheiten führt. Gegenständlich und bildlich verkörpert diese Aufteilung wieder die Unentschlossenheit bei der Einführung einer wirkungsvollen Gesamtverwaltung.

IV. Die weitere Entwicklung

Was die künftige Entwicklung betrifft, so sind zum einen die Herausbildung eines Binnenmarktes im Kosovo und zum anderen die absehbare internationale Integration von Belang. Dabei ist es aufgrund anhaltender und vertiefter Vorbehalte von beiden Seiten zu erwarten, dass sich die vormaligen Bindungen des Kosovo an Serbien eher weiter auflösen, wohingegen diejenigen mit den übrigen Nachbarländern sich ausweiten werden. Hervorzuheben ist dabei vor allem Montenegro, das mit der Einführung der Deutschen Mark, einer eigenen, voranschreitenden Privatisierungspolitik und einer deutlichen Hinwendung nach Westeuropa ganz andere Wege geht als Serbien, aber angesichts der Ziele kosovarischer Politiker und der UNMIK-Verwaltung fast schon Modellcharakter für das Kosovo erlangt.³³

Eher ins Blaue hinein gesprochen sind Vorschläge, die südlicheren Balkanländer zwischen Slowenien und Griechenland in den in Visegrád am 15. Februar 1991 beschlossenen, in Krakau am 21. Dezember 1991 unterzeichneten Zentraleuropäischen Freihandelsvertrag (*Central European Free Trade Agreement, CEFTA*)³⁴ einzubeziehen,³⁵ der gemeinhin nunmehr als wenig bedeutsam eingeschätzt wird, da die Annäherung an die EU schneller vonstatten geht als der Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen des CEFTA.³⁶ Daher kann, wie für die übrigen Länder zwischen Slowenien und Griechenland, auch für das Kosovo letztlich nur eine europäische Perspektive mit der Erwartung eines EU-Beitritts als mittelfristiges Ziel im Raum stehen,³⁷ zumal die EU-Länder ohnehin auf absehbare Zeit die naheliegendsten Partner für Investitionen und Handel sein werden. Zudem ist das Kosovo mit der Einführung der Deutschen Mark als Zahlungsmittel tatsächlich bereits dem Währungsraum des Euro angegliedert.

Damit zeichnet sich aber auch ab, dass auf der Tagesordnung nicht weniger als das Ziel einer Wettbewerbsfähigkeit im gesamteuropäischen Vergleich steht, was ohne

einschneidende Veränderungen in der ohnehin schon nicht einmal mehr zur Subsistenz taugenden Landwirtschaft nicht zu erreichen ist. Andererseits wird es von den Investitionsträgern abhängen, inwieweit sich Industrie über den Bergbau hinaus entwickeln wird. Immerhin stehen auch hierfür Gelder von verschiedener Seite in Aussicht, doch war bisher bei deren beschleunigter Bereitstellung eine sinnvolle Verwendung über den begonnenen Wiederaufbau hinaus einstweilen fraglich,³⁸ so scheint nunmehr der Quell bereits wieder zu versiegen.³⁹ Allein schon um in naher Zukunft Hilfgelder zur Stütze der Entwicklung sinnvoll einsetzen zu können, wären aber vor allem auch Anstrengungen für eine Verbesserung der Ausbildung auf allen Gebieten dringend erforderlich.

Will man aber zu einer Lage gelangen, in der das Kosovo seine zwei Millionen Einwohner ernähren kann, sind ganz andere Anstrengungen erforderlich. Ein entscheidender Ausgangspunkt ist hierbei natürlich der sichtbare Wiederaufbauwille der Bevölkerung, der wie früher durch Mittelzuflüsse vor allem albanischer Wanderarbeiter gestützt wird. Die eigenständige Wirtschaft des Kosovo hat freilich bislang nur wenige Grundlagen, die über reine Zuschussgeschäfte hinausweisen. Außer der Landwirtschaft zählt hierzu nicht viel mehr als die Bergwerke von Trepça, was auch die Streitigkeiten um die Zukunft des Gebiets von Mitrovica verdeutlichen.

Dies wirft wiederum die Frage nach der Entwicklung des bisher schwächlichen Ordnungsrahmens auf. Der Anknüpfungspunkt könnte hier derselbe sein wie für die Unabhängigkeit der anderen früheren Republiken Jugoslawiens, waren doch auch die sogenannten „Sozialistischen Autonomen Gebietskörperschaften“ Vojvodina und Kosovo nach Artikel 2 der Verfassung vom 21. Februar 1974⁴⁰ ebenso wie die Republiken Bestandteile der Bundesrepublik. Hiervon auszugehen, wird seit langem von albanischen Juristen aus dem Kosovo empfohlen. Welchen anderen Weg das Kosovo schließlich nehmen soll als den der Unabhängigkeit, lässt sich nach den jüngeren Entwicklungen immer schwieriger aufzeigen. Selbst wenn sich Serbien zu einer Art Demokratie entwickeln sollte, wofür derzeit zusehends weniger spricht, wäre doch der Vertrauensverlust nach dem Völkermord zu groß, als dass man den Verbleib in einem gemeinsamen Staat noch als zumutbar empfände. Andererseits ist auch die kompakte albanische Besiedlung nicht zu übersehen. Noch auf lange Sicht hinaus würde sich ohnehin jede demokratische Vertretung im Kosovo für eine Trennung aussprechen.

Bleibt man aber bei der bisherigen, in der Ausrichtung auf Serbien begründeten Unentschiedenheit in der Ausgestaltung des institutionellen Rahmens, so ist damit zu rechnen, dass sich die Krisensituation in einer schwerlich berechenbaren Weise wieder verschärfen wird.

Ulrich W. Schulze ist Rechtsanwalt in Berlin.

¹ Siehe Huebbenet, Kostgänger ruinieren Jugoslawiens Wirtschaft. Kroatien, Vojvodina und Kosovo leben über ihre Verhältnisse/Im Strudel nationaler Gegensätze, in: Hannoversche

Allgemeine Zeitung vom 1.11.1982; Chalupa, Schwere Belastungsprobe für Titos Erben. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Nationalitätenprobleme in Jugoslawien, in: Tagesspiegel vom 5.5.1981.

² Kärntner Tageszeitung vom 11.4.1981: Belgrad beruhigt Provinz Kosovo mit „Zuckerbrot“; Chalupa, Mit dem Kosovo tut sich Belgrad weiterhin schwer. Verstärkte Wirtschaftshilfe für Jugoslawiens unruhige Provinz, in: Tagesspiegel vom 25.10.1983.

³ Vgl. Chalupa, Schlachthof wird in Jugoslawien zum Politikum. Nationalitätenstreit in der Provinz Kosovo erhält neue Nahrung – Serben fürchten Zuzug von Albanern, in: Tagesspiegel vom 20.6.1983.

⁴ BfAI-Leitfaden 1999 zu Kosovo/BR Jugoslawien, S. 9.

⁵ BfAI-Leitfaden 1999, S. 7–9.

⁶ Statistički Godišnjak Jugoslavije/Statistical Yearbook of Yugoslavia 1996, Beograd 1996, S. 434.

⁷ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 349.

⁸ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 120, 124.

⁹ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 90, 93.

¹⁰ Siehe Petritsch/Kaser/Pichler, Kosovo – Kosova – Mythen – Daten – Fakten, Klagenfurt/Wien/Ljubljana/Tuzla/Sarajevo 1999, S. 144, 146.

¹¹ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 89.

¹² Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 88.

¹³ Büschenfeld, Jugoslawien, Stuttgart 1981, S. 139–147.

¹⁴ Dauderstädt, Pulverfaß ohne Boden – Neuordnung und Wiederaufbau in Südosteuropa, Politikinformation Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung Nr. 81 vom Juni 1999, S. 15.

¹⁵ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 127.

¹⁶ So auch Kaser, Im Land der Großfamilien, in: Thomas Schmid (Hrsg.), Krieg im Kosovo, Reinbek 1999, S. 102–121, 118 f.

¹⁷ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 245.

¹⁸ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1989, Beograd 1989, S. 539.

¹⁹ Siene auch Büschenfeld, Jugoslawien, S. 147–150.

²⁰ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1989, Beograd 1989, S. 540.

²¹ Büschenfeld, Jugoslawien, S. 147.

²² Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 299.

²³ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 320.

²⁴ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 305.

²⁵ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 300, 304.

²⁶ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 123.

²⁷ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1996, S. 89.

²⁸ BfAI-Leitfaden 1999 zum Kosovo, S. 20.

²⁹ Unternehmensgesetz vom 19.6.1996, Slu•beni list SRJ 1996 Nr. 29, Pos. 352.

³⁰ Gesetz über die Grundlagen von Eigentumsveränderungen an gesellschaftlichem Kapital vom 19.6.1996, Slu•beni list SRJ 1996 Nr. 29, Pos. 353.

³¹ Antimonopolgesetz vom 20.6.1996, Slu•beni list SRJ 1996 Nr. 29, Pos. 355.

³² Siehe den Bericht „Eine Milliarde Dollar für das Kosovo“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.11.1999, S. 4.

³³ Vgl. den Artikel „Montenegro strebt offene und deregulierte Wirtschaftsordnung an“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.1999, S. 27.

³⁴ Die allein maßgebliche englischsprachige Fassung ist abgedruckt in East European Business Law vom August 1993 (Sondernummer). Siehe dazu Sołtysińska/Czubik, (Erodkowoeuropejska Strefa Wolnego Handlu. Komentarz [Die Mitteleuropäische Freihandelszone. Kommentar], Kraków 1997.

³⁵ Vgl. Dauderstädt, Pulverfaß ohne Boden, S. 9.

- ³⁶ Siehe zuletzt den Bericht „Nur geringe Integration der Cefta-Länder“, in: FAZ vom 10.11.1999, S. 18.
- ³⁷ Siehe Roggemann, Einführung, in: derselbe (Hrsg.), Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas, Berlin 1999, S. 132–134; Dauderstädt, Pulverfaß ohne Boden, S. 13.
- ³⁸ Siehe den Bericht „Die Unternehmen schrecken vor Investitionen im Kosovo zurück“, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1.11.1999, S. 19.

- ³⁹ Siehe Meier, Aus dem Kosovo ist ein Irrgarten geworden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.2. 2000, S. 10.
- ⁴⁰ Slu•beni list SFRJ 1974, Nr. 9; deutsche Übersetzung bei Roggemann, Die Verfassung der SFR Jugoslawien, Berlin 1980, ders. (Hrsg.), Die Verfassungen der sozialistischen Staaten, Berlin 1980, sowie mit Einführung von Christine Höcker-Weyand in: Brunner/Meissner (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1979, S. 125 ff.